

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Arbeitskreis III, Bildung, Demokratie, Innenpolitik und Digitalisierung

verantwortlich: Dr. André Hahn, Daniel Lücking

30. Juni 2023

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Bevölkerungsschutz ist eine hoheitliche Aufgabe, die die Bundesregierung bislang vernachlässigt. Politiker*innen aller Parteien werden nicht müde, die menschlichen Höchstleistungen der Helfenden mit freundlichen Worten zu loben. Zeitgleich aber schwindet das Vertrauen in den Staat. Vom Kompetenzgerangel zwischen Bund, Ländern und Kommunen über fehlende Infrastruktur, wie Sirenen oder schlecht ausgebildete lokale Katastrophenstäbe: **Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe wirken nachrangig priorisiert, schlecht organisiert und unterfinanziert.**

Von Corona über die Flutkatastrophe in der Region Ahrweiler 2021 bis hin zu den Waldbränden, Starkregenereignissen und Tornados im Jahr 2022, entwickeln sich Krisen zur Daueraufgabe der anerkannten Hilfsorganisationen. Zusätzlich helfen deren Freiwillige und Ehrenamtliche an Bahnhöfen und in Notunterkünften, um flüchtende Menschen aus der Ukraine bei der Ankunft oder schon während der Flucht aus dem Land zu versorgen. Die Krise ist schon jetzt keine Ausnahme mehr!

Mit dem Klimawandel werden Kälte-, Hitze- und Dürreperioden, aber auch Trink- und Löschwasserknappheit sowie Ernteausfälle in den kommenden Jahren, die Aufgabenbereiche im Bevölkerungsschutz weiter anwachsen lassen.

Schon jetzt kompensieren die überwiegend ehrenamtlich Helfenden die Auswirkungen von Sparmaßnahmen aus mehreren Jahrzehnten. Veraltete Ausrüstung und Fahrzeuge und oft gänzlich fehlende Vorratshaltung, wie bei Sanitätsmaterial in der Coronapandemie deutlich wurde, prägen das Bild vom unterfinanzierten Bevölkerungsschutz.

Für DIE LINKE steckt im Bevölkerungsschutz auch die soziale Frage. Der politische Wunsch die Bevölkerung müsse vorsorgen, trifft auf die Realität von Grundversicherung, Mindestlohn, Bafög oder gänzlich vulnerable Gruppen von Menschen in Alten- und Pflegeeinrichtungen oder Geflüchtete in Sammelunterkünften. Zu oft fehlt es an Budget und Platz für Notfallvorsorge.

DIE LINKE fordert deshalb eine **Zeitenwende auch im Bevölkerungsschutz.** Dazu gehört:

1. Ein klares Bekenntnis zum Schutzauftrag des Staates!

Wenn die Bundesregierung Resilienz im Krisen- und Katastrophenfall einfordert, dann muss das unabhängig vom Einkommen für die gesamte Bevölkerung leistbar sein. Wer kein Budget für Vorsorge aufbringen kann, muss durch **staatliche Vorsorgemaßen** geschützt werden.

Zeitgleich müssen die personellen und materiellen Kapazitäten bei Feuerwehren, Rettungsdiensten und Hilfsorganisationen an die Lebensrealität angepasst werden. Das betrifft insbesondere die ländlichen Regionen. Immer weniger Freiwillige stehen tagsüber für Brandschutz und Rettungsaufgaben zur Verfügung, weil sie im angrenzenden Ballungsgebiet ihrem Hauptberuf nachgehen. Hier gilt es durch mehr hauptamtliche Strukturen die Einhaltung der Hilfsfrist (bundesweit überwiegend zwischen 8 und 15 Minuten) zu gewährleisten. Kommunen, denen dazu die finanziellen Mittel fehlen, müssen auf Unterstützung aus Länder- und Bundesmitteln zählen können!

2. Gleichstellung der Helfenden!

So hoch der Leistungswillen und die Opferbereitschaft der freiwilligen Helfer*innen in allen Hilfsorganisationen ist, so dringend müssen die **Einsatzbedingungen und die Versorgung** vereinheitlicht werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass Ehrenamtliche des Technischen Hilfswerkes (THW), der Freiwilligen Feuerwehren und der Hilfsorganisationen zwar Hand in Hand Hilfe leisten, jedoch bei Verletzungen unterschiedlich versorgt werden. Es darf auch keinen Unterschied machen, ob ein ehrenamtlich oder ein hauptberuflich rettender Mensch im Einsatz zu Schaden kommt. Die Helfergleichstellung muss bundesweit einheitlich geregelt werden!

3. Bevölkerungsschutz zivil organisieren und auf Freiwilligkeit setzen!

DIE LINKE lehnt die Aufstellung von sogenannten »Heimatschutzkompanien« durch die Bundeswehr ab! Die als Amtshilfe verharmlosten Einsätze der Bundeswehr im Inneren im Rahmen der Flüchtlingsaufnahme 2015/2016 sowie in der Pandemiebekämpfung zwischen 2020 und 2022 sehen wir im Kern als rechtswidrig an.

Wir fordern die Einführung eines hauptamtlichen »Dienstes auf Zeit im Bevölkerungsschutz« mit Verpflichtungszeiten von 2 bis maximal 12 Jahren und einer Bezahlung auf dem bereits im Bundeswehrrahmen etablierten Gehaltssystem.

Auch der Bundesfreiwilligendienst darf grundsätzlich nicht schlechter bezahlt sein als ein freiwilliger Wehrdienst. Unser Ziel ist klar: Wir wollen den Einsatz der Bundeswehr im Innern überflüssig machen und auf absolute Ausnahmesituationen beschränken!

DIE LINKE lehnt die immer wiederaufkommende Debatte um einen Pflichtdienst im Anschluss an die Schulausbildung ab! Es ist unsozial, einzig die junge Generation zum Dienst im Bevölkerungsschutz heranziehen zu wollen. **Zwangsdienste dürfen keine Forderung des Staates sein!**

4. Anerkennung und Absicherung!

Grundsätzlich muss gelten: Kein Ehrenamt ohne Hauptamt! Die Zahl der Einsatzstunden hat durch die zahlreichen Krisen und Hilfeleistungen in einem Maße zugenommen, das ehrenamtlich Helfende zunehmend in Konflikt mit dem Hauptberuf, aber perspektivisch auch mit der Familie bringt oder bringen kann. Gleichzeitig erhöhen die körperlichen Belastungen auch die Wahrscheinlichkeit von langfristigen gesundheitlichen Auswirkungen. Es gehört zur Fürsorgepflicht, diesen Belastungen Rechnung zu tragen.

Kurzfristig bedeutet das, **psychosoziale Notfallversorgung (PSNV)** und **Krisenintervention** in einem ausreichenden Umfang bereitzustellen.

Mittelfristig müssen eine fundierte **Aus- und Weiterbildung**, angemessene **Ausrüstung** und **Versorgung** während der Einsätze gewährleistet sein.

Langfristig darf aus den körperlich und emotional fordernden Einsätzen kein Nachteil für das Berufsleben oder die anschließende Rentenzeit erwachsen. Für Helfende, die in großem Umfang Freizeit und Urlaubszeiten in den Dienst der Gesellschaft stellen, soll sichergestellt werden, dass für regelmäßig geleistete freiwillige und unbezahlte Arbeit von Einwohner*innen in organisierten anerkannten Hilfsorganisationen und im Rettungsdienst, im Brandschutz, im Katastrophenschutz und beim THW durch Bund, Länder und Kommunen **angemessene Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung** eingezahlt werden. Zusätzlich

soll geprüft werden, ob von der Möglichkeit, freiwillige Beiträge zum Kauf der Rentenabschlüsse zu zahlen, durch Bund, Länder oder Kommunen bundeseinheitlich und verpflichtend Gebrauch gemacht werden kann. Dies würde die spätere Rente erhöhen und im bestehenden System nach 35 Versicherungsjahren einen abschlagsfreien Renteneintritt ab 63 ermöglichen. Darüber hinaus fordert DIE LINKE für alle Menschen mit 40 **Beitragsjahren** einen abschlagsfreien Rentenbeginn ab 60 Jahren.

5. Investitionen in Ausrüstung und Fahrzeuge!

Der Sparkurs aus mehreren Jahrzehnten, überalterte Fahrzeuge sowie verschlissene oder gänzlich fehlende Ausrüstung belastet die Helfenden enorm. Diese Mängel erfordern Investitionen, die letztlich nur aus dem Bundeshaushalt zu bewerkstelligen sind!

Mit dem unzureichend funktionierenden **Digitalfunk von Behörden und Sicherheitsorganisationen (BOS)** ist ein wesentliches Führungsmittel im Krisenfall nicht verlässlich. DIE LINKE fordert, die digitalen Strukturen auszubauen und resilient zu konzipieren. Das beinhaltet sowohl den Schutz vor Cyberangriffen als auch eine hinreichende Ausfallsicherheit bei Umwelteinwirkungen oder Energiemangel.

Der zunehmenden Gefährdung durch Waldbrände sollte mit einer bundesweit einsetzbaren hauptamtlichen Feuerweereinheit begegnet werden, die auch den Einsatz von Löschflugzeugen oder Löschhubschraubern koordiniert. Die Strategie, Hubschrauber der Bundespolizei mit einer Zusatzaufgabe zu versehen, halten wir für falsch. Lösch- und Luftrettungskräfte sollen ihre Einsatzaufgaben in vollem Umfang und ohne Rücksicht auf eventuell bei der Bundespolizei gebundene Kapazitäten wahrnehmen können.

6. Nachwuchswerbung attraktiv gestalten!

Eine koordinierte Nachwuchswerbung muss bereits in den Schulen beginnen. Dabei müssen Kontakttage und Projektwochen an Schulen ebenso selbstverständlich werden, wie eine feste Integration in den Lehrplan. Der Erste-Hilfe-Kurs sollte eine Teilvoraussetzung für die Erlangung der mittleren Reife sein.

Damit ein ehrenamtlicher Einsatz im Bevölkerungsschutz für Jugendliche attraktiver wird, muss auf einen hohen Nutzwert der Ausbildungen abgezielt werden. Das beginnt mit dem Erste-Hilfe-Kurs, dessen Nachweis für den **Führerscheinwerb** genutzt werden kann. Es setzt sich fort mit speziellen Ausbildungen, um Einsatzfahrzeuge fahren zu dürfen. DIE LINKE fordert eine attraktive Grundausbildung für Freiwillige, zu der auch der Erwerb von zivil nutzbaren Fahrerlaubnissen gehört. Eine kostenfreie Nutzung des ÖPNV und in Einsatzfällen auch des bundesweiten sollte selbstverständlich werden.

Zu einem für alle Bevölkerungsgruppen attraktiven Ehren- und Hauptamt im Bevölkerungsschutz gehört auch der Anspruch auf Diversität. Erstmals konnte eine Bundesregierung im Dezember 2020 Ergebnisse einer Befragung zur kulturellen Diversität und Chancengleichheit in der Bundesverwaltung vorlegen. Daten, zum Beispiel zu einem eventuellen Migrationshintergrund, werden in THW und Bundesamt Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) bislang nicht erhoben.

Um Diversität zu erreichen, kommt es auch auf eine möglichst niederschwellige Ansprache im Rahmen der Nachwuchswerbung und Stellenbesetzung an.

Bei der Besetzung von Abteilungs- und Referatsleitungen im BBK lag der Anteil der Frauen deutlich im optimierungsbedürftigen Bereich. Nur 20 Prozent der Abteilungsleitungen und 38,46 Prozent der Referatsleitungen wurden bis dahin von Frauen wahrgenommen. Hier muss sich dringend etwas ändern!

7. Wissensvermittlung im Bevölkerungsschutz heißt Menschen erreichen wollen!

Die landes- und bundesweiten **Warntage** haben in den letzten Jahren immer wieder erhebliche Defizite sowie Wissenslücken offenbart. Das ist für DIE LINKE das Ergebnis des Mangels an Priorität und Ambitionen, den die Bundesregierungen der letzten Jahre im Bevölkerungsschutz gezeigt haben.

Das betrifft nicht nur die begrenzte Verbreitung von Warn-Apps, sondern auch die unzureichenden Kenntnisse über die Bedeutung der Sirensignale. Gleichzeitig fehlt es an einem kollektiven Wissen darüber, wie beispielsweise Stromausfällen, zu handeln ist. Konzepte wie der »Katastrophenschutzleuchtturm«, der Informationspunkt und Anlaufstelle bei Kommunen in Krisensituationen sein soll, sind bislang nur punktuell umgesetzt. Warnsysteme wie **Cell-Broadcast**, die im Alarmfall alle Mobilfunkgeräte erreichen sollen, funktionieren auf älteren Mobiltelefonen nicht.«

Barrierefreiheit ist oft angestrebt, wird aber in vielen Bereichen nur unzureichend umgesetzt. Dazu zählt auch die Verbreitung von Warnmeldungen in mehr als nur deutscher Sprache. Längst sind bundesweit viele weitere **Erstsprachen in der Bevölkerung** vertreten. Darunter fallen insbesondere Arabisch, Englisch,

Französisch, Russisch, Türkisch und Ukrainisch, sowie in den Grenzregionen Dänisch, Polnisch, Tschechisch, Flämisch und andere Sprachen. Mindestens für den Bereich der Erstsprachen von dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen, müssen auch die Informationsmaterialien des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe verfügbar gemacht werden. Länder wie Schweden sind diesbezüglich deutlich weiter!

DIE LINKE fordert zudem einen bundeseinheitlichen barrierefreien Standard bei Warnsignalen, Informationssystemen, Warn-Apps und Ausbildungsmaterialien.

8. Aus den Krisen lernen!

Dürren, Trockenheit und Waldbrände in Südeuropa nehmen zu. Löschflugzeuge, die Deutschland bislang in Einzelfällen beispielsweise aus Italien anforderte, könnten künftig gänzlich in jenen Staaten gebraucht werden, die diese Kapazitäten vorhalten. Das macht es umso dringender, den **Katastrophenschutz als gesamteuropäische Aufgabe** zu verstehen. Aktuell herrscht jedoch Unklarheit über die Art und den Umfang des angekündigten deutschen Beitrags zur »rescEU«, dem europäischen Ausbau der Kapazitäten und Prozesse im Bereich der Katastrophenprävention und -vorsorge.

DIE LINKE fordert einen substanziellen deutschen Beitrag zum europäischen Katastrophenschutz, auch mit eigenen Löschflugzeugen und oder -Hubschraubern.

DIE LINKE fordert eine bezahlbare **Pflichtversicherung gegen Elementarschäden**, und nicht zuletzt müssen auch die Bauordnungen und Bebauungspläne mindestens nach Katastrophen einer kritischen Prüfung unterzogen werden, bevor ein Wiederaufbau erfolgt.